



Starke Ziele, harte Landung

Am 8. Dezember 2021 hat die neue Bundesregierung ihr Amt angetreten. Das ist nun genau ein halbes Jahr her – Zeit für eine erste Zwischenbilanz: Was hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP in Sachen Nachhaltigkeit versprochen? Und was hat sie seither umgesetzt oder in die Wege geleitet?

So hart wie diese dürfte noch keine Bundesregierung kurz nach ihrem Start gelandet sein. Der Krieg in der Ukraine hat viele Annahmen auf den Kopf gestellt. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von einer Zeitenwende. Und so ist die neue Bundesregierung kurz nach einem dynamischen Start ins Stolpern geraten, ohne dass man ihr daraus einen Vorwurf machen könnte.

Wir bilanzieren in dieser Ausgabe unseres Politikmonitors, was die Bundesregierung für die Nachhaltigkeit geplant und was sie in einem halben Jahr erreicht hat. Dabei ist absehbar, dass aus einer globalen Perspektive viele Nachhaltigkeitsbemühungen um Jahre zurückgeworfen werden. In Deutschland, ja vielleicht in ganz Europa, könnten dagegen nach einem großen Schrecken Effekte eintreten, die für Nachhaltigkeitsanliegen sogar nützlich sein können. Hätte man beispielsweise je gedacht, dass ein FDP-Minister die erneuerbaren Energien als „Freiheitsenergien“ bezeichnen und begrüßen würde?

Auch wenn das Thema Energieversorgung derzeit das beherrschende Thema ist, so gibt es aus Nachhaltigkeitssicht noch ganz viele Baustellen, an denen – unabhängig oder gar verstärkt von Krieg und Pandemie – rasch zu arbeiten ist. Die Wohnungspolitik ist nur ein, wenn auch drängendes Beispiel.

Liebe Leserinnen und Leser,
mit dem Politikmonitor Nachhaltigkeit berichten wir seit 2015 regelmäßig zu Themen und regulatorischen Entwicklungen aus Brüssel und Berlin. Denn politische Diskussionen und Rahmenbedingungen bestimmen immer stärker, wie eine nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft ausgestaltet wird. Mit unserem Politikmonitor wollen wir Einblicke geben, Überblick schaffen und Ausblicke versuchen.

Ihr **akzente**-Team



THEMA

Nachhaltigkeit. Da war doch was ...

„Mehr Fortschritt wagen“ – das war der Anspruch der Ampelkoalition, als sie vor sechs Monaten ins Amt kam. Dann marschierten russische Streitkräfte in die Ukraine ein, und seither ist der Krieg dort beherrschendes Thema. Was ist unter diesen neuen Vorzeichen von Fortschritt und Nachhaltigkeit in der deutschen Politik geblieben?

Mehr Fortschritt zu wagen, wie es der [Koalitionsvertrag](#) versprach, erschien Ende 2021 nicht schwer. Allzu groß war der Reformstau, den 16 Jahre unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hinterlassen hatten, gerade was Nachhaltigkeit angeht. Zwar steht auf Merkels Habenseite, dass sie 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet hat und 2015 die Grenzen für syrische Flüchtlinge offenhielt. Aber in vielen anderen Themenfeldern war 2021 ein klares Soll zu verzeichnen. Erinnern wir uns: Ob wirksamer Klimaschutz, Ausbau der erneuerbaren Energien, Verkehrswende versus Automobilindustrie, Umwelt- und Naturschutz im Agrarbereich, verantwortliche weltweite Lieferketten: Überall stand die alte Bundesregierung auf der Bremse. Und das nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel. Nun ist zugleich das, was uns in der ganzen Zeit wirtschaftlich stark gemacht hat, ins Wanken geraten. Wandel durch Handel, das wissen wir spätestens seit dem Einmarsch der Russen in die Ukraine, hat nicht funktioniert und wird in Zukunft auch im Umgang mit anderen Ländern nicht funktionieren.

NEUE DYNAMIK Die ersten Auftritte der neuen Bundesregierung wirkten regelrecht erfrischend. Den meisten Ministerinnen und Ministern nahm man ab, dass sie den Fortschritt tatsächlich in Angriff nehmen wollen – ob dies die Energiewende des Wirtschaftsministers, der Abbau des Digitalisierungsstaus im Verkehrsministerium oder ein neuer Ton im Außenministerium war. Selbst die US-amerikanische Investmentgesellschaft Blackrock, die massiv in deutschen Unternehmen investiert ist, gab Ende Januar 2022 eine optimistische [Einschätzung](#) zur Agenda der neuen Regierung ab: „Mit Deutschlands ökologischer Wende und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur werden Anlageneancen einhergehen ...“. Dass heute grüne Spitzenpolitiker:innen die Beliebtheitswerte in den Umfragen anführen, passt dazu. Und auch wenn in den vergangenen Monaten viel passierte, was wenig vorhersehbar war, ist die neue Dynamik in Berlin bis heute zu spüren.

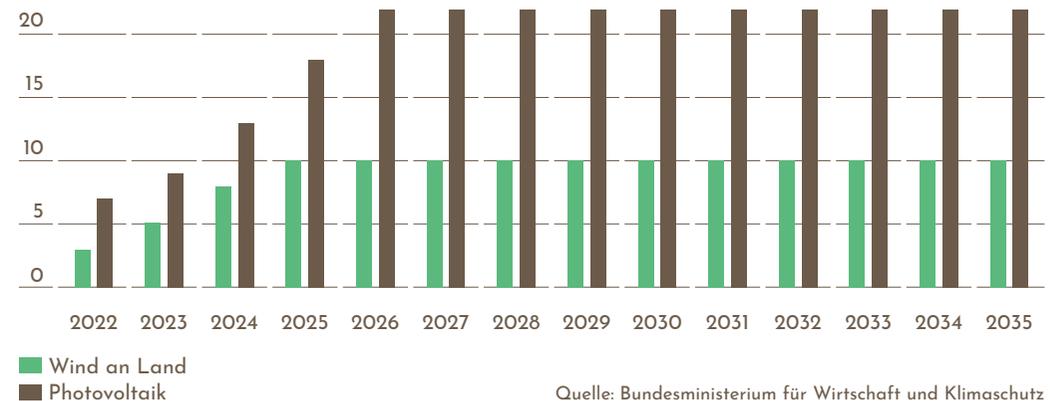
Alles, was die neue Bundesregierung von der alten unterscheidet, hat mit Nachhaltigkeit zu tun, auch wenn in den Bereichen Gesundheit oder Verkehr Kompromisse mit der FDP eingegangen werden mussten. So kam etwa die Abschaffung des zweigeteilten Krankenversicherungssystems (privat vs. gesetzlich) in Form einer Bürgerversicherung nicht, und Tempolimits oder ein beschleunigter Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor sind auch nicht absehbar. Zwar hatte die alte Bundesregierung noch im März 2021 die [deutsche Nachhaltigkeitsstrategie](#) aktualisiert. Da deren nächste Überarbeitung turnusgemäß spätestens 2024 vorgesehen ist, ist davon auszugehen, dass sie dann mehr oder weniger der veränderten Realität angepasst wird. Denn der [Koalitionsvertrag](#) ist jetzt über weite Strecken der neue Fahrplan zur Nachhaltigkeit. Hinzu kommt der Green Deal der Europäischen Union (EU), der früher oder später in verschiedene nationale Gesetzgebungsvorhaben münden wird – dann hoffentlich ohne die bisher üblichen Abschwächungen aus Berlin.

AUSBAUPFADE WIND- UND SOLARENERGIE BIS 2035

SZENARIO FÜR 600 TWH ÖKOSTROM IN 2030

Die Windenergie an Land und die Solarenergie sollen so ausgebaut werden, dass der Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2035 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren gedeckt werden kann.

25 Zubau in Gigawatt (GW)



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz



Ein wichtiger Teil des Koalitionsvertrags ist Kapitel III zum Klimaschutz mit den Abschnitten Wirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Ernährung, Mobilität sowie dem Komplex Klima, Energie, Transformation. Dies ist das Arbeitsfeld von Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck, der in einem „Osterpaket“ erste konkrete Maßnahmen zur Umsetzung ankündigte – in seinen Worten „der Beschleuniger beim Ausbau der erneuerbaren Energien“. Das Osterpaket umfasst auf rund 500 Seiten eine ganze Reihe von Einzelgesetzen und Gesetzesreformen, darunter unter anderem:

- Erneuerbare Energien-Gesetz,
- Windenergie-auf-See-Gesetz,
- Energiewirtschaftsgesetz,
- Bundesbedarfsplangesetz,
- „Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz“.

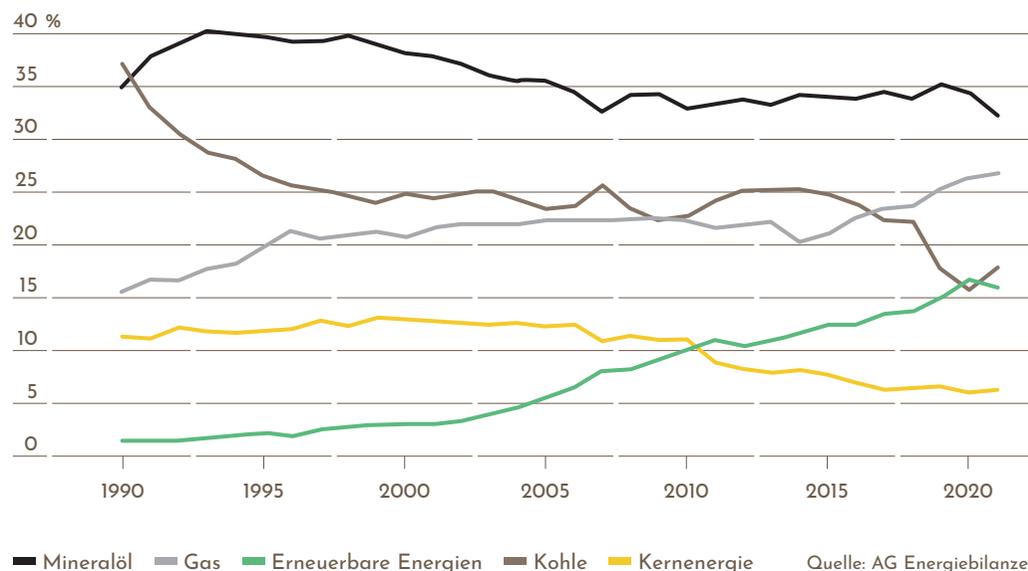
UNGEAHNTE ZEITENWENDE Noch vor der Ankündigung des Osterpakets kam am 24. Februar 2022 Russlands Einmarsch in die Ukraine, der mit seiner Zerstörungswut die Welt verändert hat. Selten wurde das Scheitern einer jahrzehntelangen Energie-, Wirtschafts- und Außenpolitik so eklatant vor Augen geführt, wie es dieser Krieg nun tut. Die westliche Abhängigkeit von fossilen Energiequellen aus Russland und die wirtschaftlichen Verflechtungen auch deutscher Unternehmen in Putins Diktatur entpuppen sich als dramatischer Irrweg.

Das gleiche, nur in noch viel größerem Umfang, lässt sich zurzeit im Umgang mit China beobachten. Wie Bundesfinanzminister Christian Lindner angesichts der Veröffentlichung der [Xinjiang Police Files](#) zu den Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren am 24. Mai [erklärte](#), sei „die enorme Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom chinesischen Markt ... vor diesem Hintergrund besonders bedrückend“. Da die Aussichten, China zur Umkehr zu bewegen, schlecht sein dürften, kann es nur darum gehen, auch hier die wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu verringern, um künftigen Schaden für deutsche Unternehmen zu begrenzen – auch wenn es ganz ohne Schaden wohl nicht geht.

KRIEG UND KLIMASCHUTZ Die deutsche Zögerlichkeit bei der Umstellung von fossilen auf erneuerbare Ressourcen war nicht nur im Hinblick auf die Klimakrise fatal, sondern hat auch die Militärmaschinerie Russlands gestärkt. Aus beiden Gründen ist eine größere Autarkie der deutschen Energieversorgung gegenüber Lieferan-

30 JAHRE DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK

Entwicklung des deutschen Energiemixes: Anteil verschiedener Energieträger am Primärenergieverbrauch seit 1990 in Prozent.



ten von Erdgas und Erdöl dringend geboten. Darin liegt paradoxerweise sogar eine Chance, wie auch eine aktuelle [Studie](#) des Weltwirtschaftsforums mit der Beratungsgesellschaft Accenture zur Energiewende konstatiert. Der Ausstieg aus den fossilen Energien könnte sich beschleunigen, selbst wenn zunächst in eine Infrastruktur für Flüssiggas investiert werden muss und vielleicht sogar Kohlekraftwerke als verlängerte Reserve erhalten müssen.

Darauf deuten auch aktuelle Diskussionen um Nachbesserungen am Green Deal der EU hin. Mit dem Maßnahmenpaket will die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt werden. Das Energieeinsparziel des Green Deal von 9 Prozent bis 2030 sollte auf 13 Prozent erhöht werden, der Anteil der erneuerbaren Energien in der EU bis zu diesem Zeitpunkt von 40 auf 45 Prozent, schlug Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 18. Mai vor.



ZIELE GEFÄHRDET? Zunächst aber sieht es danach aus, als ob der Krieg in der Ukraine die Nachhaltigkeitsbemühungen Deutschlands gefährden könnte – etwa das Erreichen der Ziele aus dem Klimaschutzabkommen von Paris oder die stärkere Berücksichtigung des Artenschutzes in der Landwirtschaft. So plant Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zurzeit, eine EU-Regelung auszusetzen, die ab 2023 gelten sollte. Nach dieser dürfte nicht zwei Jahre in Folge auf derselben Fläche Winterweizen angebaut werden, um die Böden zu schonen und die Artenvielfalt zu erhöhen. Angesichts des absehbaren Weizenmangels auf den Weltmärkten als Folge des Krieges und der damit einhergehenden Preiserhöhungen für viele Lebensmittel will Özdemir diese geplante Neuregelung nun aufschieben, um mehr Weizenanbau in Deutschland zu ermöglichen.

In anderen Bereichen könnte schlichtweg irgendwann das Geld ausgehen, wenn Milliarde um Milliarde in die eigene Verteidigungsfähigkeit, den Waffenkauf für die Ukraine und die erwartbaren Kosten für den Wiederaufbau dort fließen. Und wenn nun – zusätzlich zu den Folgekosten der Corona-Pandemie und der ohnehin schwierigen Finanzlage durch die Nullzins-Politiken der Zentralbanken – auch noch Inflation und Neuverschuldung ansteigen, steht es um die ökonomische Nachhaltigkeit nicht gut, vor allem mit Blick auf künftige Generationen.

Noch ernster steht es um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Allein der Kampf gegen den Hunger in der Welt dürfte weit zurückgeworfen werden, zumal er bereits in den vergangenen Jahren nicht mehr so erfolgreich war wie einst. Dass das Scheitern der 17 UN Sustainable Development Goals (SDGs) – oder zumindest einiger davon – zu den Kollateralschäden des Krieges gehören werden, ist absehbar. Umso wichtiger ist es, sie sich wieder zu vergegenwärtigen und dafür zu sorgen, dass sie allenfalls aufgeschoben, aber nicht aufgehoben werden.

KONSTRUKTIVER RAT „Zögern oder gar ein Rollback der Klima-, Umwelt- und Agrarpolitik sind angesichts der aktuellen Erkenntnisse zum Fortschreiten der Klima- und Biodiversitätskrise keine Option“, schreibt der Rat für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung in einer aktuellen [Stellungnahme](#) vom 17. Mai 2022. Darin fordert der Rat „Leitentscheidungen“ auf globaler, europäischer und nationaler Ebene, um die aus dem Krieg erwachsenden Notlagen abzumildern. Darunter sind viele sehr sinnvolle Ideen wie etwa, die Suche nach alternativen Erdgaslieferanten mit der Lieferung von Effizienztechnologien aus Deutschland in die Lieferstaaten zu verbinden (lesen Sie dazu auch unser Interview mit dem Vorsitzenden des Nachhaltigkeitsrats, Dr. Werner Schnappauf, auf der folgenden Seite).

STATUS ZU WEITEREN NACHHALTIGKEITSTHEMEN:

Wohnraum: Wohnen soll bezahlbar und klimaneutral werden. 400.000 neue Wohnungen waren jährlich geplant. Das gilt inzwischen als utopisch. Es fehlt an Material und Handwerkern, gleichzeitig explodieren die Preise. Dabei werden mit dem Zuzug von Menschen aus der Ukraine noch mehr Wohnungen gebraucht.

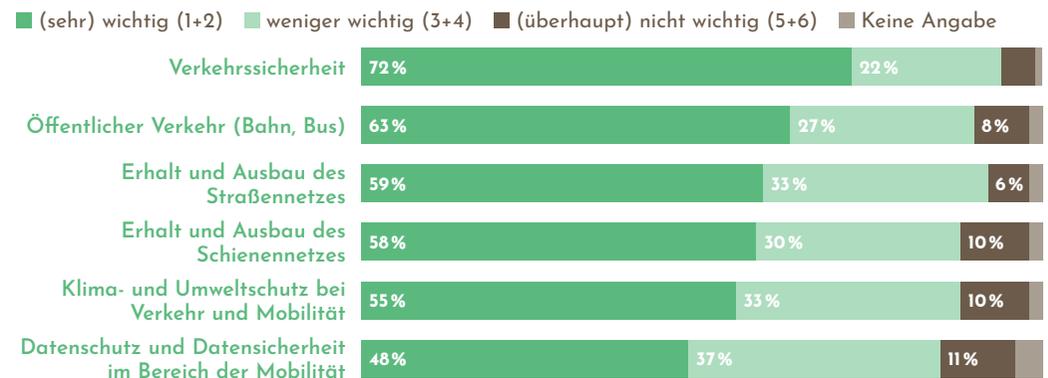
Arbeit: Das Herzensprojekt der SPD wurde bereits eingetütet: Zum 1. Oktober wird der Mindestlohn auf 12 Euro steigen. Eine historisch große Aufgabe wird der Umgang mit dem unaufhaltsam wachsenden Fachkräftemangel, der die heimische Wirtschaft gerade noch mehr bremst als Krieg und Pandemie.

Teuerung: Die Inflation nimmt stetig zu. Eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses und der Pendlerpauschale sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf einzelne Produkte stehen in der Diskussion. Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil macht sich für nach Einkommen gestaffelte Hilfszahlungen stark. Ab Juni tritt eine Spritpreisbremse in Kraft.

Entwicklungspartnerschaft: Das Entwicklungsministerium will ein verlässlicher Partner weltweit bleiben und sein „politisches Engagement ausweiten“. Seine Rolle dürfte mit der sich global anbahnenden Ernährungskrise zunehmen.

Verkehr: Ein Tempolimit wird mit FDP-Minister Volker Wissing nicht kommen. Dafür muss es ihm wenigstens gelingen, trotz schwindender Mittel marode Straßen und Brücken zu reparieren, den Öffentlichen Nahverkehr auszubauen und die Deutsche Bahn auch in Sachen Güterlogistik wieder besser auf die „Schiene“ zu setzen.

Wie wichtig ist es für Sie, dass die nächste Bundesregierung folgende Themen aus dem Bereich Verkehr und Mobilität stärkt bzw. fördert?



Basis: Bevölkerung in Deutschland ab 18, n=1.000; 6er Skala: „1 sehr wichtig“ bis „6 überhaupt nicht wichtig“; ggf. rundungsbedingte Differenzen

Quelle: ADAC, Nordlight research GmbH 2021



INTERVIEW

„Wir brauchen ein neues Wir-Gefühl“

Zur Halbjahresbilanz der Bundesregierung in Sachen Nachhaltigkeit – auch vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine – sprachen wir mit Dr. Werner Schnappauf, Bundesminister a.D. und Vorsitzender des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Seit einem halben Jahr ist die neue Bundesregierung im Amt. Lassen sich mit den Vorhaben im Koalitionsvertrag und im „Osterpaket“ des Bundeswirtschaftsministers die wesentlichen Nachhaltigkeitsziele erreichen?

Dr. Werner Schnappauf: Der Koalitionsvertrag bietet insgesamt eine gute Grundlage, um wesentliche Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Der Koalitionsvertrag greift Nachhaltigkeit schon im Titel als Ziel des Regierungshandelns auf, das begrüßen wir natürlich. In einzelnen Bereichen wie in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik ist zwar noch mehr Ehrgeiz nötig, aber insgesamt handelt es sich um ein gutes Drehbuch mit konkreten Schritten für die nötige Transformation hin zu Klimaneutralität und einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Was jetzt notwendig ist, ist das Tun, ist der Aufbruch in ein „Jahrzehnt des Handelns und der Umsetzung“. Besonders wichtig ist dem Rat dabei auch, dass die Perspektive der jungen Generation im Zentrum der Zukunftsdebatten steht. Das Osterpaket ist ein erster Umsetzungsschritt, weitere müssen folgen.

Wie, schätzen Sie, wird sich der Krieg in der Ukraine auf das Erreichen der Ziele auswirken?

Dr. Schnappauf: Mit dem russischen Angriffskrieg rücken Klimaschutz und Energiewende auch ins Zentrum der Sicherheitspolitik. Der Krieg gefährdet weltweit

die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele, der SDGs, insbesondere jener Ziele zur Ernährungssicherung, zur Armutsbekämpfung und zur Energieversorgung. Die zentrale Antwort auf die Folgen des Krieges muss sein, den Turbo anzuwerfen und die ohnehin schon ehrgeizigen Umsetzungspläne nochmals zu beschleunigen. Dieser Umbau muss so schnell wie irgend möglich geschehen, schneller und umfassender, als wir es uns vor dem 24. Februar ausgemalt haben.

Angesichts knapper werdender Kassen und neuer Staatsverschuldung: Welche Empfehlung(en) haben Sie an die Bundesregierung, wie sie Ziele vielleicht priorisieren kann?

Dr. Schnappauf: Die SDGs und die Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind alle wichtig und intensiv miteinander verwoben. Dennoch müssen wir gerade in der aktuellen Ausnahmesituation den Mut haben, die ganz wesentlichen – gegenüber anderen wichtigen – Fragen in den Vordergrund zu rücken. Dazu zählt aus Sicht des Nachhaltigkeitsrats erstens insbesondere das Thema Klimaneutralität. Im letzten Jahr hat der Nachhaltigkeitsrat zusammen mit der Leopoldina praktische Wege zur Klimaneutralität aufgezeigt. Die Klimakrise abzuwenden, ist ganz sicher die große Aufgabe unserer Zeit. Aber zweitens kommt auch dem Schutz der Biodiversität, dieser Zwillingsskrise, hohe



© Viviane Wild | Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Bedeutung zu. Drittens ragt für mich aktuell das Thema globale Gesundheitsvorsorge heraus. Insgesamt müssen wir verstärkt über den nationalen Tellerrand hinausdenken und das Thema soziale Verantwortung nicht nur national, sondern viel stärker auch global betrachten. Um solche Priorisierungen erfolgreich umzusetzen und alle dabei mitzunehmen, brauchen wir ein neues Wir-Gefühl, ein neues Miteinander in unserer Gesellschaft.



Kurz berichtet

IPCC: Trendwende nötig

Der Weltklimarat IPCC hat im April den [dritten und letzten Teil seines sechsten Sachstandsberichts](#) veröffentlicht – mit einer klaren Botschaft: Die Zeit zu handeln ist jetzt. Notwendig sind eine sofortige globale Trendwende und tiefgreifende Treibhausgasminderungen in allen Sektoren, ansonsten ist eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad nicht zu erreichen. Zentrale Wege im Kampf gegen die Klimakrise sind Sonnenenergie, Windkraft und weniger Waldzerstörung. So könnten jährlich rund 30 Prozent der Emissionen eingespart werden.

UN: Kein Greenwashing bei Klimazielen

Die Vereinten Nationen (UN) haben ein [Expertengremium](#) gegründet, das die Ziele von Unternehmen zur Erreichung von Netto-Null-Emissionen analysieren wird, um Greenwashing zu verhindern. Die Gruppe soll strenge und transparente Standards entwickeln, die sicherstellen, dass Unternehmen, Investoren und Regionen ihre Klimaversprechen einhalten.

G7: Klimaschutzambitionen verstärkt

Die G7-Staaten haben sich bei ihrem Treffen in Berlin Ende Mai erstmals zum Ziel einer überwiegend CO₂-freien Stromversorgung bis 2035 verpflichtet. In einer [gemeinsamen Abschlusserklärung](#) bekannten sich die Industrienationen zu einem Ausstieg aus der Kohleverstromung – allerdings ohne ein Enddatum hierfür zu nennen. Die G7-Staaten verpflichten sich zudem, ihre Klimaambitionen zu steigern, indem sie sektorale Ziele stärken oder die Klimaziele 2030 schneller umsetzen. Vulnerable Länder sollen bei schädlichen Folgen des Kli-

mawandels stärker unterstützt werden. Die Finanzierung fossiler Energieträger soll bis Ende 2022 beendet werden, die Subventionierung bis 2025.

EU: Aus für den Verbrennungsmotor?

Das Europäische Parlament hat am 8. Juni mehrere Entscheidungen zum [„Fit for 55“-Paket](#) getroffen, von denen einige überraschten. So stand eine Reform des Emissionshandels in der EU zur Abstimmung, die dieses Instrument zum Klimaschutz von der Industrie auch auf den Verkehrs- und Gebäudesektor ausgedehnt hätte. Trotz intensiver vorangehender Diskussionen hat das Parlament dagegen gestimmt: Für Grüne und Linke im Parlament ging die Vorlage nicht weit genug, die Rechtsaußenfraktion lehnte sie (wie auch jede andere Klimaschutzmaßnahme) erwartungsgemäß ab. Nun muss das Thema im Umweltausschuss weiterverhandelt werden.

Entschieden wurde dagegen, in der EU ab 2035 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen – trotz intensivem Lobbying der Automobilindustrie und Verbänden wie dem ADAC. Das Verbot schließt auch die Verwendung synthetischer Kraftstoffe aus, mit denen Verbrennungsmotoren weitgehend emissionsfrei hätten betrieben werden können. Ziel ist eine konsequente Umstellung auf die Elektromobilität. Das „Fit for 55“-Paket zielt darauf ab, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Als nächstes müssen die EU-Mitgliedstaaten darüber mitentscheiden.

EU: Energieplan mit 300 Mrd. Euro

Die Europäische Kommission hat im Mai einen Plan zur Umgestaltung des europäischen Energiesystems vorgestellt – den [REPowerEU-Plan](#). Dabei plant sie Investitionen von bis zu 300 Milliarden Euro. So will die EU unab-

hängig von fossilen Brennstoffen aus Russland werden und zugleich die Klimakrise bewältigen. Mit bis zu zehn Mrd. Euro sollen Gas- und LNG-Verbindungen finanziert werden und mit bis zu zwei Mrd. Erdölinfrastruktur. Der Rest der Investitionen soll in die Umstellung auf saubere Energie fließen. Die Kommission schlug vor, das Gesamtziel für erneuerbare Energien für 2030 von 40 auf 45 Prozent zu erhöhen. Geplant ist unter anderem eine Solar-Dach-Initiative mit einer schrittweisen Verpflichtung zur Installation von Solarzellen auf neuen öffentlichen und gewerblichen Gebäuden sowie auf neuen Wohngebäuden.

EU: Mehr Kreislaufwirtschaft bei Produkten

Die EU-Kommission hatte Ende März einen [Vorschlag](#) für eine Verordnung vorgelegt, die Unternehmen zu mehr Kreislaufwirtschaft zwingen soll. Sie baut auf der bestehenden Ökodesign-Richtlinie auf, die schon bisher auf die Umweltverträglichkeit von Produkten abzielt. Dabei soll es nicht mehr nur Mindestanforderungen für Energie- oder Ressourcenverbrauch geben, sondern verpflichtende Vorgaben für Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Upcycling oder Wiederverwertbarkeit. Zudem sollen die Anforderungen auf eine breitestmögliche Zahl von Waren ausgeweitet werden. Ein digitaler Produktpass soll zudem mit QR-Code über die Zusammensetzung eines Produkts und dessen Lieferkette informieren – sowie zur Reparierbarkeit und dem Recyclatanteil.

Es gehört dazu auch die [EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien](#), die Maßnahmen dargelegt, damit die in der EU in Verkehr gebrachten Textilerzeugnisse spätestens 2030 haltbarer sind und recycelt werden können, so weit wie möglich aus recycelten Fasern gemacht und frei von gefährlichen Stoffen sind und dass bei der Herstellung die sozialen Rechte



und die Umwelt respektiert werden. Verbraucher sollen Textilien länger nutzen, „Fast Fashion“ nicht mehr primäres Ziel und rentable Wiederverwendungs- und Reparaturdienste allgemein zugänglich sein.

EFRAG: Kritik am Prozess

Anfang Mai haben die Europäische Kommission und die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) die europäischen Berichtsstandards (European Sustainability Reporting Standards, ESRS) zur Diskussion gestellt – bis Ende Juli. Das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DSRC) hat am 10. Mai in einem [Brief](#) an die Europäische Kommission und EFRAG den [Konsultationsprozess](#) kritisiert. Die hohe Anzahl der Standardentwürfe und der umfangreiche Fragenkatalog seien angesichts der kurzen Kommentierungsfrist von 100 Tagen nicht verhältnismäßig. Das Ziel, hochwertige Berichtsstandards zu entwickeln, sei gefährdet.

Gesetzentwurf für Hinweisgeberschutz

Im April hat das Bundesjustizministerium einen [Entwurf für das Gesetz zum Hinweisgeberschutz](#) vorgelegt. Wenn Arbeitnehmer künftig auf Straftaten oder Verstöße aus ihrem beruflichen Umfeld aufmerksam machen, sollen sie umfassend vor Repressalien wie Kündigung, Abmahnung, Versagung einer Beförderung oder Mobbing geschützt werden. Künftig müssen Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten interne Meldestellen einrichten, an die sich Whistleblower anonym oder auf vertraulichem Wege wenden können. Dabei dürfen auch Dritte mit dem Betrieb der Meldestelle beauftragt werden, zum Beispiel Anwaltskanzleien. Mit dem Gesetz setzt die Bundesregierung eine europäische Richtlinie

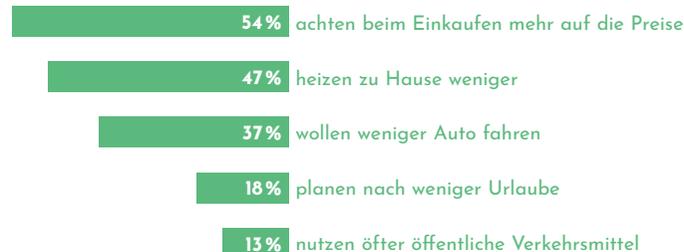
um – es soll im Juni beschlossen werden und im Herbst in Kraft treten.

Rücknahmepflicht gegen Elektroschrott

Mit dem novellierten Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) soll die Rückgabe ab 1. Juli 2022 für Verbraucher:innen einfacher werden: Kleine Geräte wie Rasierer, Mobiltelefone oder Taschenrechner können dann bei Lebensmitteleinzelhändlern und Discountern kostenlos abgegeben werden. Als „klein“ gelten Geräte bis zu einer Kantenlänge von 25 Zentimetern. Die neue Rücknahmepflicht gilt – und zwar unabhängig davon, ob zeitgleich beim Händler auch ein neues Gerät gekauft wird oder nicht. Und sie gilt selbst dann, wenn das kleinteilige Produkt in einem anderen Geschäft erstanden wurde. Zur Rücknahme verpflichtet sind Geschäfte, die größer als 800 Quadratmeter sind.

VERÄNDERUNG IST MÖGLICH

Eine repräsentative Umfrage ergab, dass sich 68 Prozent der Deutschen durch steigende Heizkosten belastet sehen, 51 Prozent durch explodierende Spritpreise. Die meisten (83 %) wollen ihr Konsumverhalten ändern, um dies aufzufangen:



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (25.3.bis 6.4.)

TERMINE

20. Juni 2022:

[Forschungskonferenz „Klimaresiliente Schwammstadt“](#), Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

24. Juni 2022:

[UPJ-Jahrestagung](#) (UPJ-Netzwerk für Corporate Citizenship und CSR) „Nachhaltige Transformation in unsicheren Zeiten“, Berlin

30. Juni 2022:

[econsense-Event ecolution 2022 – Sustainable Finance](#), hybride Veranstaltung, Berlin

IMPRESSUM

akzente kommunikation und beratung GmbH (Hrsg.)
Redaktion: Sabine Braun (ViSdP), Dr. Axel Klein,
Corneliusstraße 10, D-80469 München

akzente berät Unternehmen, Marken und Organisationen seit fast 30 Jahren zu Nachhaltigkeit und Verantwortung – in Strategie, Management, Reporting und Kommunikation. Gemeinsam mit unseren Kunden arbeiten wir an Lösungen zur Zukunftsfähigkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit ihrer Unternehmen. Seit Mai 2022 sind wir Teil von Accenture.